

KURZPAPIER

# Germanwatch für ein europäisches Modell der digitalen Transformation

## Fünf gute Gründe gegen biometrische Massenüberwachung

Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Demokratie sind eng miteinander verflochten. Sie bilden ein Dreieck, dessen wechselseitigen Abhängigkeiten (Interdependenzen) Germanwatch in vielen Kontexten immer wieder aufzeigt – etwa in seinen klassischen Themenbereichen Energiewende, Mobilitätswende, Agrarwende, Ressourcenwende oder Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dieses interdependente Dreieck stellt den Kern des European Green Deal der EU-Kommission dar, zu dessen zentralen Zielen es gehört, bis 2050 die Netto-Treibhausgas-Emissionen in der EU auf null zu senken.

Ein europäisches Modell der Digitalisierung, wie es etwa der Vertrag von Aachen zwischen Frankreich und Deutschland fordert, stellt eine menschenrechtsbasierte multilaterale Ordnung ins Zentrum einer europäischen Digitalstrategie. Dieses europäische Modell muss sich nach Auffassung von Germanwatch von einem staatszentristischen (wie dem chinesischen) und einem datenkapitalistischen Modell (wie dem US-amerikanischen) darin unterscheiden, dass es Demokratie, Menschenrechte und Nachhaltigkeit als wesentlich ansieht.

Nachfolgend wird am Beispiel der biometrischen Massenüberwachung aufgezeigt, wie Germanwatch das europäische Modell einer sozial-ökologischen digitalen Transformation im Kontext des interdependenten Dreiecks aus Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Demokratie interpretiert. Wir machen daran orientiert deutlich, wieso wir biometrische Massenüberwachung ablehnen.

## 1 Das interdependente Dreieck aus Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Demokratie

Für Germanwatch sind der Schutz der Umwelt und des Klimas sowie generell der Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung wesentliche Ziele. Ohne demokratische Repräsentation und Deliberation, ohne aktive Beteiligung der von der notwendigen Transformation Betroffenen werden die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen jedoch nicht zu erreichen sein. Ebenso wenig werden einige der Nachhaltigkeitsziele ohne digitale Technologien erreicht werden können. Die Digitalisierung hat hier das Potential, treibende Kraft zu sein. Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Demokratie stellen somit ein interdependentes Dreieck dar. Daher setzt sich Germanwatch im Sinne des Umweltschutzes sowie der ökologischen Lebensgrundlagen auch für die Demokratie und für eine zukunftsfähige Digitalisierung ein.

Auf der anderen Seite steht ohne die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und ohne eine zukunftsfähige, transformative Digitalisierung auch die Zukunft der Demokratie auf dem Spiel. Und ohne klare Rahmenseetzungen für Demokratie und Nachhaltigkeit droht auch die digitale Transformation zu entgleisen und ihre Legitimationsgrundlage zu verlieren.

Da die Demokratie eine wesentliche Grundlage der Nachhaltigkeit ist, nimmt Germanwatch auch die Gefahren der biometrischen Massenüberwachung für die Demokratie in den Blick. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) schreibt in seinem Hauptgutachten: „Nur wenn der digitale Wandel und die Transformation zur Nachhaltigkeit konstruktiv verzahnt werden, kann es gelingen, Klima- und Erdsystemschutz sowie soziale Fortschritte menschlicher Entwicklung voranzubringen.“<sup>1</sup> Menschen verhalten sich – auch politisch – nachweislich anders, wenn sie beobachtet werden. Freie Entscheidungen und die freie Meinungsäußerung sind aber wesentliche Grundlagen funktionierender Demokratien, die wiederum wesentlich sind für eine zukunftsfähige, transformative Digitalisierung sowie den Umweltschutz und den Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen. Auch der WBGU sieht die Einhegung von „Möglichkeiten der Totalüberwachung“ als „Voraussetzung“ für eine global nachhaltige Entwicklung<sup>2</sup>.

Weitere ökologische Aspekte von biometrischer Massenüberwachung liegen zum Beispiel in der Strom- und Ressourcenintensität von Überwachung, Datenspeicherung, -übertragung und -auswertung begründet, in möglicherweise resultierender innovations- und damit transformationsfeindlicher Marktmacht über Datennutzung sowie in möglicher konsumtreibender, datenbasierter personalisierter Werbung.

## **2 Eine zukunftsfähige Digitalisierung im Globalen Norden und Süden**

Für Germanwatch ist die Verständigung zwischen den Völkern des Globalen Nordens und Südens wesentlich, deren Menschen gleichermaßen ein Recht auf nachhaltige Entwicklung zusteht. Wenn wir im Globalen Süden den Menschenrechten und der Demokratie zum Durchbruch verhelfen wollen, so müssen wir im Globalen Norden mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn wir also ein Verbot biometrischer Massenüberwachung in der EU fordern, so tun wir dies auch, um dies glaubwürdig gegenüber Akteur:innen im Globalen Süden vertreten zu können und eine Verständigung darüber zu erleichtern. Wenn die Menschen im Globalen Süden sehen, wie Massenüberwachung missbraucht wird, werden sie eine auf Ressourcenschonung ausgerichtete Digitalisierung, etwa im Verkehrs-, Gebäude-, Energie- oder Landwirtschaftsbereich, zu verhindern versuchen. Daher muss der Globale Norden auch aus Akzeptanzgründen mit gutem Beispiel vorangehen, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Denn zum Beispiel sinnvolle Energiemess- und -steuerungssysteme würden ggf. allgemein abgelehnt und damit sowohl im Globalen Süden als auch im Globalen Norden wahrscheinlich torpediert, wenn mit ihnen Massenüberwachung verbunden werden sollte – soweit es eine aktive Zivilgesellschaft gibt.

Germanwatch agiert hier ähnlich wie das Umweltbundesamt, das intendiert, „die Diskussion über den ethischen Übergang zum digitalen Planeten auf der Grundlage der Prinzipien der Menschenrechte zu erneuern und hierbei – gemäß der Verpflichtung der UN-Mitgliedsstaaten – niemanden zurückzulassen“<sup>3</sup>. Denn Daten aus Massenüberwachung bilden häufig die Grundlage zur Ausbeutung und Kontrolle von Menschen. Eine solche Ausbeutung steht dem Recht auf nachhaltige Entwicklung aller Menschen entgegen, für das sich Germanwatch entschieden einsetzt.

---

<sup>1</sup> <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft#sektion-1> [Abruf am 15.07.2021].

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/globale-initiative-digitaler-planet-fuer> [Abruf am 15.07.2021].

### **3 Digitalisierung nur im Kontext einer multilateralen menschenrechtsbasierten Ordnung**

Germanwatch engagiert sich für ein gegenseitiges Lernen zwischen Nord und Süd im Sinne einer multilateralen menschenrechtsbasierten Ordnung. Ein europäisches Modell der Digitalisierung, wie es beispielsweise der Vertrag von Aachen zwischen Frankreich und Deutschland fordert, stellt diese menschenrechtsbasierte multilaterale Ordnung ins Zentrum einer europäischen Digitalstrategie. Auch der WBGU fordert eine „EU-Strategie für Nachhaltigkeit im Digitalen Zeitalter“ und ihm zufolge sollten „zentrale handlungsleitende Prinzipien eines künftigen europäischen Digitalisierungsmodells“ auch Privatheit umfassen<sup>4</sup>. Dieses europäische Modell muss sich unserer Interpretation nach von einem staatszentristischen (wie dem chinesischen) und einem datenkapitalistischen Modell (wie dem US-amerikanischen) darin unterscheiden, dass es Demokratie und Menschenrechte als wesentlich ansieht, wie beispielsweise das Recht auf ein Verbot der Diskriminierung (Art. 2, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), das Recht auf eine Unschuldsvermutung (Art. 11, AEMR) oder das Recht auf die Freiheitssphäre des Einzelnen (Art. 12, AEMR). Diese Rechte widersprechen unserer Ansicht nach einer anlasslosen biometrischen Massenüberwachung.

Germanwatch sieht sich der von den Vereinten Nationen beschlossenen Agenda 2030 mit ihren Globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten verpflichtet. Wir engagieren uns daher dafür, dass zwischen Nord und Süd eine menschenrechtsbasierte Digitalisierung verhandelt und bestmöglich weltweit umgesetzt wird. Dazu gehört für uns auch die „Gestaltung angemessener infrastruktureller und institutioneller Rahmenbedingungen lokaler und globaler Regierungsführung für nachhaltige digitale Gesellschaften“, wie sie das Umweltbundesamt fordert<sup>5</sup>. Wir sehen biometrische Massenüberwachung als nicht vereinbar mit einer solchen menschenrechtsbasierten Digitalisierung und Ordnung an.

### **4 Verbraucher:innen über Digitalisierung informieren und aufklären**

Germanwatch vertritt auch die Interessen von Verbraucher:innen. Hierbei setzen wir auf Information, Aufklärung und Beratung. Massenüberwachung wird mit dem Argument angeblicher Sicherheit eingesetzt. Die angeblichen Nutznießer:innen dieser Sicherheit werden jedoch getäuscht. In einem Gesichtserkennungstest von Innenministerium und Bundespolizei im Jahr 2018 in Berlin war die Falscherkennungsrate so hoch, dass mehr als jede 200. Person fälschlicherweise „erkannt“ wurde. Dreht eine gesuchte Person ihr Gesicht nur um 15 Grad von den Kameras weg, wird sie von den Systemen nicht mehr identifiziert. Wer eine Straftat plant, kann sich einfach vor Erkennung schützen. Hinzu kommt, dass Massenüberwachung

---

<sup>4</sup> <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft> [Abruf am 15.07.2021].

<sup>5</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/globale-initiative-digitaler-planet-fuer> [Abruf am 15.07.2021].

eine potentiell diskriminierende Fehlerquote aufweist: bei Frauen ist sie wesentlich höher als bei Männern, bei People of Color wesentlich höher als bei Weißen.

Zudem sind Menschen leichter beeinflussbar oder sogar manipulierbar, je mehr ein Akteur, der die Absicht hegt, sie zu beeinflussen, über diese Menschen weiß. Die Verwendung von Daten aus biometrischer Massenüberwachung kann verschiedenen Zwecken dienen. Es ist nicht gesichert, dass sie nicht auch zur Beeinflussung oder gar Manipulation eingesetzt werden. Über diese Sachverhalte informiert Germanwatch. Unserer Auffassung nach braucht es politisches Engagement, um Menschen vor dieser Überwachung zu schützen.

## 5 Digitalisierung nur mit Toleranz

Germanwatch engagiert sich seit nunmehr 30 Jahren für kulturelle Toleranz. Toleranz meint ein Geltenlassen und Gewährenlassen anderer oder fremder Überzeugungen, Handlungsweisen und Sitten – solange diese nicht die Freiheit heutiger oder künftiger Generationen (siehe BVerfG, April 2021) einschränken. Kultur wiederum beschreibt alles, was Menschen selbstgestaltend hervorbringen.

Wenn Menschen durch biometrische Überwachung anlasslos beobachtet werden, so hat das ein erhebliches Potential, dass sie – ohne überzeugenden Grund dafür – ihr kulturell geprägtes Verhalten verändern. Eine biometrische Massenüberwachung lässt also kulturelle Verhaltensweisen von Menschen nicht unberührt, sie lässt sie nicht einfach gelten oder gewähren. Im Gegenteil: Sie beeinflusst sie und widerspricht der Toleranz, die wir für wesentlich erachten.

---

**Autor:** Hendrik Zimmermann

**Redaktion:** Tobias Rinn

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: [www.germanwatch.org/de/20476](http://www.germanwatch.org/de/20476)

Juli 2021

**Herausgeber: Germanwatch e.V.**

### **Büro Bonn**

Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn  
Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19  
Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

### **Büro Berlin**

Stresemannstr. 72  
D-10963 Berlin  
Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1  
E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)